



Katholischer Deutscher
FRAUENBUND

KDFB e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Kaesstraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
www.frauenbund.de

Stellungnahme

Wider Prostitution und Menschenhandel – Gegensteuern und umfassende Maßnahmen ergreifen

Die Kritik am vor zehn Jahren geänderten Prostitutionsgesetz wird mittlerweile von Fachleuten einhellig geteilt. Demnach haben die Änderungen nicht zu der vom Gesetzgeber beabsichtigten Verbesserung der Situation der in der Prostitution Tätigen geführt. De facto sei es vielmehr zu einer Ausweitung von Zwangsprostitution und Menschenhandel gekommen.

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) spricht sich entschieden gegen das System der Prostitution aus, in dem Frauen Gewalt und Unterdrückung erleiden und ihrer Menschenrechte beraubt werden. Dies gilt im besonderen Maße für Frauen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland. Als Frauenverband lehnen wir eine Praxis ab, in der Männer dieses System durch den Kauf von Sexleistungen mitermöglichen.

Wir fordern von der Bundesregierung

- sofortige Nachbesserungen im „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten“ (ProstG) zum Schutz der Prostituierten und zur rigiden Eingrenzung von Menschenhandel und Zwangsprostitution;
- die konsequente Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution durch Änderungen im Aufenthaltsrecht;
- Aufklärungskampagnen in den Herkunftsländern von Prostituierten sowie Informationen in Deutschland;
- die langfristige Sicherung der Arbeit von Organisationen, die von Zwangsprostitution und Gewalt betroffene Frauen beraten und betreuen;
- die Überprüfung und Entwicklung von Maßnahmen, die das Verhalten von sogenannten „Freiern“ sozial diskreditieren oder gar gesetzlich ahnden.

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 13.10.2013